



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Europaausschuss
- L 214 -

Kiel, 3. November 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1142
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die

36. Sitzung des Europaausschusses

*am Mittwoch, dem 2. November 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:10 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung wählte der Europaausschuss einstimmig bei einer Enthaltung Abg. Dr. Christian von Boetticher zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden.

Sodann nahm er einen Bericht der Landesregierung zu **Legislativvorschlägen der Kommission zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union nach 2013** entgegen. Es schloss sich eine Diskussion an.

Nach einer Diskussion empfahl der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum **Erhalt des Europäischen Verbraucherzentrums EVZ Kiel**, [Drucksache 17/1895](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW zur Ablehnung. Gleichzeitig empfahl er dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zum gleichen Thema, [Drucksache 17/1870](#), mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Annahme. Den Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW betr. **Arbeit der Verbraucherzentralen Schleswig-Holstein zukunftsfähig absichern**, [Drucksache 17/1878](#), empfahl der Europaausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Den Bericht der Landesregierung **Schleswig-Holstein in Europa: Europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung 2011 - Europabericht 2011**, [Drucksache 17/1566](#), nahm er abschließend zur Kenntnis. Der von allen Fraktionen unterstützte Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zum Europabericht mit dem Titel **Europäische Meeresstrategierahmenrichtlinie**, [Umdruck 17/2973](#), nahm der Ausschuss einstimmig an. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende für die Europäische Meeresstrategierahmenrichtlinie gegenüber dem Geschäftsführer binnen einer Woche zu benennen.

Nach einer Diskussion beschloss der Ausschuss, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Strukturfonds zukunftsfähig für Schleswig-Holstein gestalten**, [Drucksache 17/1860](#), in seiner nächsten Sitzung erneut zu beraten.

In Übereinstimmung mit dem jeweiligen Antragsteller empfahl der Europaausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen von SSW und SPD, [Drucksache 17/1358](#) (neu), zur **Stellungnahme des Landtags zur Dänemark-Strategie** sowie den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, [Drucksache 17/1561](#), für erledigt zu erklären. Die Fraktionen traten dem Antrag der Fraktion der SPD betr. **Dänische EU-Ratspräsidentschaft nutzen**, [Drucksache 17/1478](#), bei und empfahlen dem Landtag einstimmig die Annahme.

Sodann beschloss der Europaausschuss, den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Eine europäische Nordseestrategie unterstützen**, [Drucksache 17/1072](#), und die dazugehörigen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1175](#), und der Fraktionen von CDU und FDP, [Umdruck 17/2807](#), in seiner nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Ebenso beschloss er, mit dem Gesetzentwurf der Fraktion des SSW zur **Minderheiten- und Sprachförderung im kommunalen Bereich**, [Drucksache 17/522](#), zu verfahren, und nahm in Aussicht, in dieser Sitzung dem Landtag eine Beschlussempfehlung zu übermitteln.

Den Antrag der Fraktion des SSW betr. **Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma**, [Drucksache 17/1887](#), empfahl der federführende Europaausschuss dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Innen- und Rechtsausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW zur Ablehnung.

Den Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die **Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2009 bis 2010**, [Drucksache 17/1799](#), empfahl der Europaausschuss dem federführenden Sozialausschuss, dem Landtag zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Sodann kam der Ausschuss überein, den Antrag der Fraktion der SPD betr. **Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgegentreten!**, [Drucksache 17/1867](#), sowie den zum selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP zum gleichen Thema, [Drucksache 17/1910](#), in einer späteren Sitzung mit der Maßgabe zu beraten, gegebenenfalls einen gemeinsamen Antrag vorzulegen.

Sodann verständigte sich der Europaausschuss auf ein Verfahren zur **Abstimmung von Delegationen im Vorfeld von Ostseeparlamentarierkonferenzen** und beschloss den **Terminplan für das erste Halbjahr 2012**, [Umdruck 17/2840](#), einstimmig

Der Ausschuss erörterte Verfahrensfragen zu Vorlagen im Rahmen der **Prüfung der Wahlung der Subsidiarität**, [Umdrucke 17/2939](#) bis 17/2948.

Schluss: 13:55 Uhr

gez. Thomas Wagner